

AfD-Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen Heiko Richter – Rolf Zielkowski - Fraktionsvorsitzende

An den Bürgermeister der Gemeinde Alpen
Herrn Ludger Staymann
Rathausstraße 3–5
46519 Alpen

Alpen, den 21. Juni 2026

Stellungnahme der AfD-Fraktion - Beschlussvorschlag

zur Vorlage 60/2026 – „Darstellung der Personalaufwendungen der Verwaltung im Zusammenhang mit Anträgen und Anfragen der Fraktionen“

Ratssitzung am 2. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Vorlage 60/2026 legt eine Tabelle vor, die nüchtern wirken soll und in Wahrheit eine politische Botschaft transportiert: Die Opposition sei zu teuer. Gemeint ist vor allem eine Fraktion – die AfD. Von 203 erfassten Stunden entfallen 130 auf unsere Anträge und Anfragen, das sind 64 Prozent, rechnerisch rund 11.600 der ausgewiesenen 18.175 Euro.

1

Wir bestreiten diese Zahlen nicht. Wir bekennen uns zu ihnen. Sie sind kein Vorwurf, sondern ein Leistungsnachweis.

1. Wofür diese Stunden tatsächlich aufgewendet wurden

Hinter diesen Stunden steht keine Plauderbank auf dem Friedhof und kein aufgemalter Zebrastrifen. Dahinter steht ein Bauhof für vier Millionen Euro, den eine Gemeinde am Rand der Haushaltssicherung hinterfragen darf und muss. Dahinter steht K+S und die Frage, ob unser Dorf eines Tages vom Rhein überflutet wird. Dahinter steht die Frage, ob eine Trauerhalle teuer neu gebaut oder für deutlich weniger Geld saniert wird. Das sind Millionenentscheidungen. Gemessen daran sind rund 11.600 Euro Bearbeitungsaufwand in fast einem halben Jahr, gut ein halber Arbeitstag pro Woche, verteilt über die gesamte Verwaltung, die mit Abstand rentabelste Investition, die diese Verwaltung 2026 getätigt hat.

2. Der eigentlich bedenkliche Satz steht auf Seite 2

Dort behält sich die Verwaltung vor, Anfragen, die ihr zu aufwendig erscheinen, künftig nach § 16 der Geschäftsordnung zurückzuweisen. Das müssen wir klar benennen: Die Verwaltung, die der Rat kontrollieren soll, will selbst bestimmen, welche Kontrolle ihr noch genehm ist. Das ist, als dürfte der Geprüfte über den Umfang seiner eigenen Prüfung entscheiden. Das Informations- und Kontrollrecht der Ratsmitglieder ist in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen verankert (§ 55 GO NRW). Es

steht nicht zur Disposition der Verwaltung und schon gar nicht unter dem Vorbehalt, dass seine Ausübung bequem ist. Eine pauschale Zurückweisung unter Berufung auf den Aufwand lehnen wir entschieden ab.

3. Worum es uns wirklich geht

Unser wiederholter Hinweis, über Anträge nachzudenken, war nie als Selbstbeschäftigung der Verwaltung gemeint, im Gegenteil. Wir wollen die Verwaltung ernsthaft unterstützen, nicht binden. Wer ein Mandat übernimmt, sollte sich mit den Themen, die er zum Antrag erhebt, zunächst selbst auseinandersetzen. Genau das tut die AfD: Wir recherchieren und stellen konstruktive Anträge mit echter, positiver finanzieller Wirkung. Dass dies durch die übrigen Fraktionen konterkariert wird, ist nicht das Versäumnis derjenigen, die arbeiten.

4. Unser konstruktiver Vorschlag: kleine Beträge in die Fachausschüsse

Wenn die Verwaltung beklagt, dass Vielzahl und Kleinteiligkeit von Vorgängen Ressourcen binden, dann liefern wir die Lösung gleich mit. Geringfügige, einmalige Investitionen gehören nicht in die Vollsitzung des Rates, sondern sind in den Fachausschüssen gut aufgehoben. Das entlastet Verwaltung und Rat zugleich und verschafft dem Rat Zeit für die wirklich großen Fragen.

Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion: Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Anpassung der Zuständigkeitsordnung bzw. der Hauptsatzung (vgl. § 41 GO NRW) vorzubereiten, wonach Beschlüsse über einmalige Investitionen bis zu einem Wert von 2.000 Euro in die Zuständigkeit der zuständigen Fachausschüsse fallen.

5. Der Befund: Der Rat droht zur Zustimmungsveranstaltung zu werden

Bei einem Haushaltsvolumen von rund 36 Millionen Euro liegt der Gesamtwert dessen, was der Rat im Jahr 2026 tatsächlich beschlossen hat, nach Auffassung der AfD-Fraktion unter einer Million Euro. Faktisch entscheidet die Verwaltung, der Rat bestätigt. Das wird einer Gemeinde, die auf die Haushaltssicherung zusteuert, nicht gerecht.

Sinnbildlich dafür steht der Umgang mit unserem Antrag auf Auskunft über das vollständige Gemeindeinventar. Dieser Antrag wurde wortreich begründet durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Frederic Paul und den übrigen Fraktionen abgelehnt. Aus Sicht der AfD ist das ein klares Signal: Wer nicht wissen will, welche Immobilien und Vermögenswerte die Gemeinde besitzt und wo sie finanziell steht, kann auch nicht seriös darüber beraten, wie diese Gemeinde erfolgreich wird. Eine fundierte Vermögensübersicht ist die Grundvoraussetzung jeder verantwortlichen Haushaltspolitik.

Die AfD-Fraktion stellt zudem die Frage, warum eine quasi-Koalition aus CDU, Grünen und SPD gebildet wurde, obwohl die CDU im Rat über die absolute Mehrheit verfügt. Nach unserer Bewertung dient dies vor allem dazu, einzelnen Fraktionen das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln. Eine inhaltliche Notwendigkeit erkennen wir darin nicht.

6. Unsere Anträge zur Sitzung

a) Der Rat möge die unter Ziffer 4 vorgeschlagene Wertgrenze für Investitionsentscheidungen in den Fachausschüssen beraten und beschließen.

b) Diese Stellungnahme der AfD-Fraktion wird gemäß § 52 GO NRW als Erklärung zu Protokoll genommen, in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen und in das Ratsinformationssystem eingestellt. Über diesen Antrag ist abzustimmen; die Entscheidung ist zu protokollieren.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Zielkowski

für die AfD-Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen